57. Jahrgang No: 271

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 13. Juni 1909

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis für Berlin: 75 Pfennig monatlich** frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.80 und vierteljährlich Mark 2.40. **Insertionspreis** für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 4 Pfennig. Das fette Ueberschriftwort 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49. **Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.**

Telephon: Amt I, Nr. 10131—10148. **Filialen:** Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wiener Strasse 1—6, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 81 und Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestrasse 31, Schönhauserdamm 1, Schulzendorfer Strasse 27, Königstr. 56/57, Rathenower Strasse 3, Potsdamer Strasse 35, Bayreuther Strasse 32, Leipziger Str. 103, Blücherstr. 69, Rixdorf, Berlinerstr. 41, Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Bornholmer Str. 1, Lichtenberg, Frankfurt-Chaussee 129, Weissensee, König-Chaussee 61b. **Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Das neue Steuerbouquet der Regierung.

Herr Sydow und seine Leute haben in schlaflosen Nächten darüber nachgedacht, was sie an Stelle der von den Finanzministern abgelehnten und vom Bundesratsausschuß abzulehnenden genialen Steuererfindungen der Rumpfkommission jetzt dem deutschen Volke auftischen sollen. Am Montag Abend werden die Entwürfe publiziert. Die „Köln. Ztg." hat schon gestern erfahren oder ihr ist vielmehr zur offiziösen Veröffentlichung mitgeteilt worden, welcher Art diese neuesten Kinder der Sydowschen Finanz„muse" sein werden. Ein Telegramm aus Köln meldet uns:

Einem Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung" zufolge schlägt die Regierung als Ersatz für den durch Aenderung der Erbanfallsteuer eintretenden Ausfall die **Besteuerung der Feuerversicherungspolicen** mit einem Drittel pro Mille vor. Der Ertrag hieraus wird auf **vierzig Millionen Mark** veranschlagt. Ferner soll eine **Erhöhung der Wechselstempelabgaben** auf Wechsel, **die länger als drei Monate** umlaufen, und eine **Scheckteuer** — der Postscheckverkehr bleibt frei — vorgesehen sein. An Stelle der Wertzuwachssteuer soll eine **Steuer auf den Umsatz in Grundstücken** mit ein Drittel Prozent geplant sein. Wie es heißt, stimmen die verbündeten Regierungen **der Parfümsteuer zu,** deren Ertrag auf acht Millionen Mark geschätzt wird.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine neue Verbeugung vor dem Agrariertum, dem man die Erbanfallsteuer mundgerecht machen will. Dafür eine Steuer auf „Feuerversicherungspolicen! Diese bedeutet einen ungeheuren wirtschaftlichen Rückschritt. In jahrzehntelanger Arbeit ist der „kleine Mann", der Arbeiter dazu erzogen worden, seine Habseligkeiten gegen Brandschaden zu versichern. Jetzt wird er von der Regierung daran verhindert, denn die Besteuerung der Feuerversicherungspolicen wird unweigerlich einen großen Rückschritt der Versicherungen gegen Brandschaden im Gefolge haben. Und dann die „Parfümsteuer!" Von allen Fachleuten ist schlagend nachgewiesen worden, daß diese Steuer schwere wirtschaftliche und gesundheitliche Schäden nach sich ziehen wird — schadet nichts; das unverschämte Agrariertum muß geschont werden, koste es, was es wolle. Vielleicht erleben wir es noch, daß die Vorschläge einiger Witzbolde ernsthaft erwogen werden, die allen Ernstes der Kommission empfohlen haben: eine Menschengewichtssteuer (für alle Personen über 200 Pfund), eine Erstgeburtssteuer, Besteuerung der Kinderlosigkeit für Personen beiderlei Geschlechts über 40 Jahre, eine Dienstbotensteuer, Reichsmonopol auf Essigvitriol, mit dem sämtliche Aborte geruchlos zu machen sind, Einziehung eines Teiles der Trinkgelder in Restaurationen, Hotels und dergleichen vom Gast zu Reichszwecken usw. usw. Es wird schwer, ernst zu bleiben; aber heutzutage ist alles möglich.

Die „Nordd. Allg. Ztg." erörtert in ihrer politischen Sonntagsplauderei die gegenwärtige Lage, die einzelnen Kommissionsbeschlüsse und die Stellungnahme der Regierung dazu und bemerkt schließlich salbungsvoll:

Mit größter Erwartung blickt das ganze deutsche Volk auf die nunmehr beginnenden Verhandlungen seiner Vertreter. Von ihrem Ausgange werden die gesamten weiteren Beziehungen der politischen Parteien untereinander und dieser wiederum zu den verbündeten Regierungen abhängig sein. Von ihrem Ausgange wird es ferner abhängen, ob das Deutsche Reich noch länger an dem jetzigen Zustand ungesunder Reichsfinanzen kranken muß, oder ob es sich auf der Grundlage eines geordneten Finanzwesens den großen Aufgaben widmen kann, die die Zukunft birgt.

Wodurch sind wir in den Finanzsumpf geraten? Durch das Draufloswirtschaften, durch die rein agrarische Wirtschaftspolitik. Man gebe diese auf, man weise das Agrariertum in seine Schranken zurück, man mache ihm klar, daß es dieselben Pflichten hat wie andere Berufsklassen, und man wird aus dem Elend wieder herausfinden. Aber freilich, das ist ein Entschluß, zu dem sich die Regierung Bülows nicht aufraffen kann!

Die Kaiserbegegnung in der Ostsee.

Der Zar Nikolaus von Rußland hat bereits gestern mit seiner Familie die Fahrt nach den Finnischen Schären angetreten wo er, wie bekannt, am 17. und 18. Juni die Zusammenkunft mit dem Deutschen Kaiser haben wird. Der Zar fuhr mit der Zarin und seinen Kindern in der Kaiserjacht „Alexandra" gestern mittag nach Kronstadt ab, von wo aus um 2¾ Uhr auf der Kaiserjacht „Standard" die Fahrt fortgesetzt wurde. In der Begleitung des Zaren befinden sich Großfürst Dmitrij Pawlowitsch, der Hofminister und das Gefolge.

Wie wir bereits im letzten Abendblatte gemeldet haben, ist die deutsche Kaiserjacht „Hohenzollern", mit der sich der Deutsche Kaiser nach den finnischen Gewässern begeben wird, bereits gestern im Danziger Hafen Neufahrwasser eingetroffen.

Die türkische Sondergesandtschaft,

die dem Deutschen Kaiser die Thronbesteigung des Sultans Mehmed V. notifizieren soll, ist gestern in Berlin eingetroffen und hat im Hotel Ablon Wohnung genommen. Die Führer der aus fünf Herren bestehenden Gesandtschaft sind der türkische Botschafter in London und der Minister der öffentlichen Arbeiten Gabriel Effendi. Die Sondergesandtschaft ist gestern mittag beim Reichskanzler erschienen und wird heute vom Kaiser empfangen werden.

Der Hansabund.

Die Abwehrversammlung im Zirkus Schumann.

Die vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und vom Zentralverband deutscher Industrieller einberufene öffentliche Kundgebung von Handel, Industrie und Bankwesen zur Reichsfinanzreform hat gestern nachmittag stattgefunden. Schon lange vor dem auf 4 Uhr festgesetzten Beginn der Versammlung waren sämtliche Plätze des Zirkus bis oben hinauf dicht besetzt. Die Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten betrug 6000. Von über hundert deutschen Handelskammern und Börsenvorständen und 400 Verbänden und Vereinen aus Handel, Industrie und Gewerbe waren

2400 Delegierte

erschienen. Die Grundlage der Debatte bildete folgende

Resolution:

„Die heute im Zirkus Schumann zu Berlin tagende Versammlung von mehr als 6000 Vertretern sowohl des Großhandels und der Großindustrie, als auch des Mittel- und Kleingewerbes sowie des Handwerks aus allen deutschen Gauen und ferner Delegierten fast sämtlicher amtlicher und nichtamtlicher Vertretungen von Handel und Industrie fassen hiermit folgende Resolution:

1. Wie bereits in vielfachen Versammlungen der hier vertretenen Verbände und Korporationen deutlich zum Ausdruck gekommen ist, erblickt auch die heutige Versammlung in der Durchführung der Reichsfinanzreform die derzeit dringendste Aufgabe der deutschen Gesetzgebung und hält eine Hinausschiebung ihrer Erledigung ohne erhebliche Beeinträchtigung des finanziellen Kredits und damit der wirtschaftlichen Macht des Reiches nicht für möglich. Sie legt jedoch einmütig entschiedene Verwahrung ein gegen das von der Finanzkommission des Reichstages angenommene Steuerprogramm, welches durchweg und unverhüllt das Bestreben zeigt, Gewerbe, Handel und Industrie zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft einseitig zu belasten und damit auf das Schwerste zu schädigen. Sie verwahrt sich ferner einmütig gegen eine Gesetzesmacherei, welche dazu geführt hat, daß man, ohne Anhörung von Sachverständigen und ohne jede Berücksichtigung der wirtschaftlichen Folgen eine Reihe von Gesetzentwürfen beschlossen hat, die jedes Verständnis für die Lebensinteressen und Bedürfnisse des deutschen gewerblichen, kaufmännischen und industriellen Lebens vermissen lassen. Lediglich auf diesem Wege konnten Steuerprojekte entstehen, welche, wie in erster Linie die sogenannte Kotierungssteuer, die Mühlenumsatzsteuer und der Kohlenausfuhrzoll, geeignet sind, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands, insbesondere der deutschen Exportindustrie, gegenüber dem Auslande zu schwächen und für die Gesamtheit wertvolle Erwerbszweige zu vernichten. Die Versammlung erwartet, daß der Herr Reichskanzler und die verbündeten Regierungen dem Reichstage gegenüber aufs Energischste die Unannehmbarkeit der vorliegenden Kommissionsbeschlüsse vertreten und daß sie sich auch künftig jedem Versuche, Steuern, welche die Gesamtheit zu tragen hat, auf einzelne Stände abzuwälzen, mit Entschiedenheit widersetzen werden. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Reichsfinanzreform neben der Einführung von Verbrauchsabgaben den gesunden Gedanken einer allgemeinen Besitzsteuer, am zweckmäßigsten in Form einer angemessenen Erbanfallsteuer, zu verwirklichen hat.

2. Die aus Anlaß der Beratungen der Finanzkommission von neuem gemachten bitteren Erfahrungen haben bei den Versammelten die einmütige Ueberzeugung wachgerufen, daß Handel, Industrie und Gewerbe nur durch einen dauernden, festorganisierten Zusammenschluß ihre berechtigten Interessen gegen Schädigungen und Vergewaltigungen zu schützen vermögen. Zur Herbeiführung dieses Zusammenschlusses begründen hiermit die Anwesenden, soweit sie kaufmännisch, gewerblich oder industriell tätig sind, den Verein

Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie,

dessen Zweck es sein soll, im gemeinsamen Interesse dieser Stände alle gegen diese gerichteten Angriffe und Schädigungen abzuwehren, ferner positive, zum Schutze dieser Stände dienende Vorschläge zu machen und auf Ausgleichung von Gegensätzen in den eigenen Reihen hinzuwirken. Demgemäß soll der Verein auch die Aufgabe haben, bei der Vorbereitung von Wahlen zum Reichstage und zu den Einzellandtagen für die Wahl solcher Kandidaten einzutreten, welche jeder Schädigung und jeder einseitigen Belastung von Handel, Industrie und Gewerbe entgegen zu treten entschlossen sind; in erster Linie soll hierbei für die Wahl von Kandidaten aus den eigenen Reihen dieser Stände eingetreten werden. Die Versammelten ermächtigen das Präsidium der heutigen Versammlung oder eine von diesen zu erwählende Kommission, alsbald alle Schritte vorzunehmen, welche zu sofortiger Betätigung des Vereins erforderlich erscheinen. Insbesondere soll das Präsidium ermächtigt sein, die Satzungen festzusetzen, einen Gesamtausschuß, in welchem auch Delegierte von Vereinen und Verbänden Platz finden sollen, und aus der Mitte desselben einen geschäftsführenden Ausschuß zu bilden."

Die Eröffnung.

Wenige Minuten nach 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Landrat a. D. Roetger die Versammlung. Er sagte unter anderem: Die Ihnen allen bekannte Entwickelung der Dinge in der Reichsfinanzkommission hat in weiten Kreisen erkennen lassen, daß mit der bisherigen Form des Vorgehens der großen wirtschaftlichen Verbände die bedrohten Interessen nicht ausreichend gewahrt werden können, und diese Erkenntnis hat den Herrn Vorsitzenden des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes veranlaßt, sich mit mir persönlich, als dem Vorsitzenden des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, zwecks gemeinsamer Einberufung der heutigen Versammlung in Verbindung zu setzen. Ich habe keinen Moment gezögert, dieser Anregung Folge zu geben und in die mir dargereichte Hand einzuschlagen. Ich habe dies getan, weil ich mir sagen mußte, daß die Dinge auf einem Punkte angekommen waren, wo alles die großen Erwerbsstände in Industrie, Handel und Bankwelt sonst vielleicht Trennende in den Hintergrund zu treten hätte gegenüber den großen nationalen Fragen unserer Wolfs- und Staatswohlfahrt, die hier auf dem Spiel stehen. Fragen, die von der neugebildeten Mehrheit der Finanzkommission nicht oder doch mindestens nicht in ihrem vollem Umfange gewürdigt wurden, noch gewürdigt werden konnten.

Aus der Not der Zeit

ist diese Versammlung geboren, nicht aus der Neigung, Politik zu treiben, sich mit den politischen Parteien über politische Probleme auseinanderzusetzen, denn auf diesen weitverzweigten Gebieten sind auch wir durchaus nicht in allem einig, wohl aber sind wir einig, und das wird heute hoffentlich in würdiger Weise zutagetreten, wenn es sich um großnationale Fragen handelt. Wir sind einig vor allen Dingen darin, daß, wo das Wohl und Wehe des Reiches in Frage steht, alle Deutschen, jeder an seinem Teile, Opfer zu bringen haben, und daß dies eine Ehrenpflicht ist, genau derselben Art, wie unsere allgemeine Wehrpflicht.

Auf Vorschlag des Redners wurde dem Vorsitzenden des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Geheimen Justizrat Rießer die Leitung der Versammlung übertragen.

Geheimrat Dr. Rießer übernahm den Vorsitz. Unter lebhaften Zustimmungsrufen aus der Versammlung wurden sodann noch eine Anzahl Herren in das Präsidium gewählt, unter anderen Geheimer Kommerzienrat Abel-Stettin, Geheimer Kommerzienrat Andreae-Frankfurt a. M., Präsident der Handelskammer, Geheimer Kommerzienrat Arnhold-Berlin, Reichsrat Exzellenz Dr. Adolf v. Auer-München, Generaldirektor Ballin-Hamburg, Kommerzienrat Konrad v. Borsig-Berlin, Bankier Ludwig Delbrück-Berlin, Geheimer Kommerzienrat Max Goldberger-Berlin, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Hempelmacher-Berlin, Geheimer Bergrat Hilger-Berlin, Geheimer Kommerzienrat Emil Jacob-Berlin, Vizepräsident des Reichstags Stadtälltester Kaempf-Berlin, Geheimer Kommerzienrat Kirdorf-Gelsenkirchen, Kommerzienrat Generalkonsul v. Koch-Berlin, Geheimer Oberfinanzrat Direktor der Dresdener Bank Mueller, Generalkonsul Franz v. Mendelssohn-Berlin, Reichstagsabgeordneter Mommsen-Berlin, Geheimer Baurat Dr. Emil Rathenau-Berlin, Geheimer Kommerzienrat Ravené-Berlin, Generalkonsul Dr. v. Schwabach-Berlin, Hugo Stinnes-Mülheim a. Ruhr, Bankier Max Warburg-Hamburg, Vorsitzender des Bundes der Industriellen Geheimer Kommerzienrat Wirth-Berlin, Direktor der Nationalbank für Deutschland Geheimer Regierungsrat R. Witting-Berlin.

Vor Eintritt in die Verhandlungen schlug Geheimrat Dr. Rießer die Absendung folgenden Kaisertelegramms vor: „Die heute im Zirkus Schumann in Berlin behufs Stellungnahme zur Reichsfinanzreform versammelten über 6000 Vertreter von Handel und Industrie aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes, welche in der Ueberzeugung einig sind, daß jeder Stand ohne Unterschied verpflichtet ist, die für die Finanzreform erforderlichen, seine Existenzfähigkeit nicht bedrohenden Lasten und Steuern zu übernehmen, bitten ehrfurchtsvoll bei Beginn ihrer Verhandlungen, Ew. kaiserlichen und königlichen Majestät als dem Schirmherrn freier Bewegung und Gleichberechtigung aller Stände und Berufe des Vaterlandes (lebhafter Beifall), das Gelübde unwandelbarer Treue aussprechen zu dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Die Reihe der Redner eröffnete Geheimrat Dr. Rießer-Berlin: In schwerer Stunde sind, wie wir mit freudiger Genugtuung feststellen können, aus allen Gauen des Vaterlandes mehr als 6000 Vertreter zusammen, um dem Rufe gefolgt, denen der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Dezennien in erster Linie zu danken ist und deren Energie der fieberhaft zunehmenden Bevölkerung Nahrung und Beschäftigung da verschaffte, wo die Kraft der Landwirtschaft hierzu nicht mehr ausreichte. Ihr weiter Blick und ihre Arbeit, die nicht weniger staatserhaltend ist, wie die der Landwirtschaft (stürmischer Beifall), ist es vor allem gewesen, welche den deutschen Namen und die Flagge unserer erst durch sie geschaffenen Handelsflotte im Auslande zu Ehren gebracht, den Wohlstand der Nation, ihre Kraft in guten und ihre Widerstandsfähigkeit in schlechten Zeiten erhöht, unsere Städte geräumig und unseren Staat in die Lage gesetzt hat, immer größeren Aufgaben sich widmen zu können. Aber in dem atemlosen Ringen, sich selbst und das Vaterland vorwärts zu bringen, haben sie leider keine Zeit gefunden, sich auch um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern. Sie haben vielmehr

wie unbeteiligte Zuschauer auf der Galerie

dem großen Entwickelungskampfe, der sich inzwischen auch auf der parlamentarischen Bühne abspielte, ich meine dem Kampf zwischen dem immobilen und mobilen Kapital, zugesehen. Dieser **grenzenlosen und bedauernswerten Apathie des deutschen Bürgertums** verdanken wir vor allem das mehr als seltsame Schauspiel, daß die Landwirtschaft, welche bis in die neuere Zeit in fast allen deutschen Einzelstaaten nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich die Vorhand hatte, die politische Macht auch dann zu behalten und sogar zu erweitern wußte, nachdem sie längst die wirtschaftliche Vorherrschaft an Handel und Industrie hatte abgeben müssen. Diese politische Vorherrschaft hat wohl noch nie ein Stand so auszunutzen verstanden, wie die in einer einheitlichen und mächtigen Organisation zusammengefaßte deutsche Landwirtschaft. Nie und nirgends wohl ist

die Klinke der Gesetzgebung

so dauernd und so kräftig zur **Beschaffung von Privilegien und Subventionen und Liebesgaben, die von den übrigen Ständen aufzubringen sind,** in Bewegung gesetzt, nie wohl ist sie **in so rücksichtsloser Weise** ausgenutzt worden, um Lasten und Steuern auf an dere Stände abzuwälzen, die freilich nach ihrer eigenen bisherigen Haltung nur dafür zu existieren scheinen, **um Lasten zu übernehmen, Steuern zu zahlen und — den Mund zu halten.** (Stürmischer Beifall.) — Ein solches Verfahren hielt man für erlaubt gegenüber den Ständen, welche ihrerseits die Landwirtschaft als solche nicht bekämpfen, die vielmehr, wie ich auch

in dieser Stunde des Zorns und der Erbitterung

feststellen möchte, sich schon lange zu der Ueberzeugung durchgerungen haben, daß sie im Interesse der Gesamtwirtschaft verpflichtet sind, einem für diese so überaus wichtigen Stande, der deutschen Landwirtschaft, jede nur irgendwie mit dem Wohl des Ganzen verträgliche Erleichterung und Förderung angedeihen zu lassen. Ein solches Verfahren hat man sich gestattet in einer Zeit, wo sich endlich, lange vor der Blockpolitik, in allen Lagern in überaus erfreulicher Weise die Zahl der einsichtigen und verständigen Elemente erheblich vermehrt hatte, die davon durchdrungen sind, daß der Staat nur gedeihen kann, wenn das suum cuique auch die eiserne Grundlage seiner Wirtschaftspolitik bildet. Aber alles Bisherige ist durch die jüngsten Vorgänge in der Finanzkommission des Reichstages noch überboten worden. (Stürmischer Beifall.) Nach dem Ausscheiden der liberalen Abgeordneten, denen wir in dieser Stunde unseren Dank und unsere volle Anerkennung auszusprechen nicht verfehlen werden (erneuter stürmischer Beifall), hat man den Moment für gekommen